

Grenzkontrolle in Nordafrika 31.07.2015



TUNIS/BERLIN (Eigener Bericht) - Die Bundesrepublik verstärkt ihre militärische Unterstützung für Tunesien und zielt dabei insbesondere auf die Hochrüstung der tunesischen Außengrenzen ab. Dies ist das Ergebnis eines Besuchs von Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen in dieser Woche in dem nordafrikanischen Land. Demnach wird die Bundeswehr Tunesiens Streitkräften Ausrüstung im Wert von gut 1,2 Millionen

Euro zur Verfügung stellen. Außerdem kündigt von der Leyen Gespräche über eine deutsche Unterstützung für den tunesischen Grenzschutz an. Während die Maßnahmen offiziell als deutscher Beitrag zum Kampf gegen jihadistischen Terror legitimiert werden, bemüht sich Berlin bereits seit Jahren um Einfluss auf die tunesische Grenzabschottung. Allerdings scheint der Terroranschlag vom 26. Juni bisherige Widerstände in der EU gegen eine EU-"Grenzschutzmission" in Tunis ausgehebelt zu haben. Letztere würde nicht nur dazu beitragen, die unerwünschte Einreise von Flüchtlingen aus Nordafrika in die EU zu erschweren. Eine starke deutsche Beteiligung an den Maßnahmen ermöglichte es Berlin zudem, in der Rivalität mit Paris in dessen ehemaligen afrikanischen Kolonien die eigene Stellung zu stärken.

Militärgerät für Tunis

Deutschland wird Tunesien militärische Ausrüstung zur Verfügung stellen und nach Möglichkeit auch die sonstige Kooperation mit den tunesischen Streitkräften ausweiten. Dies ist das Ergebnis eines Besuchs von Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen in dem nordafrikanischen Land. Demnach soll die Bundeswehr Militärgerät im Wert von 1,2 Millionen Euro nach Tunesien liefern, darunter eine Barkasse, ein Schwimmdock zur Reparatur von Booten, Lastwagen, 700 Doppelfernrohre und 3.000 Helme. Außerdem soll sie Techniker der tunesischen Streitkräfte ausbilden. Darüber hinaus will die Bundesrepublik zur Abschottung der tunesischen Außengrenze beitragen. Zudem hat von der Leyen Tunis eine "enge Partnerschaft" im Bereich der Militärpolitik angeboten.[1] Offiziell begründet werden die Maßnahmen damit, dass Tunesien einer wachsenden Bedrohung durch jihadistischen Terror ausgesetzt ist, die sich zuletzt in dem Attentat vom 26. Juni unweit Sousse zeigte; dabei kamen 39 Menschen zu Tode. In Reaktion darauf müsse nun der Sicherheitsapparat gestärkt werden, heißt es; vor allem sollten, da der Täter vermutlich aus Libyen einreiste, die Außengrenzen hochgerüstet werden.

Alte Pläne

Anders als die offizielle Darstellung suggeriert, ist die militärische Kooperation mit Tunesien nicht primär durch den jihadistischen Terror motiviert - denn sie besteht schon seit Jahren und wurde in die Wege geleitet, als von jihadistischer Bedrohung noch keine Rede war. So hat Berlin bereits im Jahr 2004 den tunesischen Streitkräften die Lieferung von sechs Schnellbooten aus Beständen der Bundesmarine zugesagt. Parallel wurde damals auch weiteres militärisches Gerät geliefert, unter anderem Kommunikationsausrüstung sowie Bodenüberwachungsradar.[2] Darüber hinaus sind inzwischen beinahe 400 tunesische Soldaten von der Bundeswehr ausgebildet worden. Eine enge deutsch-tunesische "Sicherheits"-Kooperation ist ausdrücklich bereits am 12. September 2012 in einer "Gemeinsamen Erklärung" beider Länder ins Auge gefasst worden: "Deutschland und Tunesien haben ... die Absicht, im Rahmen einer Partnerschaft im Bereich der Sicherheit zu kooperieren", hieß es darin.[3] Wenngleich der damalige Zeitpunkt recht günstig gewählt schien - Tunesien steckte nach dem Sturz des Ben Ali-Regimes mitten im Umbruch -, sah sich im Herbst 2014 die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) gezwungen einzuräumen, die Zusammenarbeit sei "bislang bescheiden", jedenfalls bescheidener als erwünscht.[4] Die SWP plädierte entschieden für einen verstärkten Ausbau der Kooperation.

Kapazitätsaufbau

Dabei zielt Berlin seit geraumer Zeit insbesondere auf die tunesische

Grenzsicherung ab. So teilte die Bundesregierung im Herbst 2014 mit, die Bundespolizei "unterstütz(e) die tunesischen Grenzbehörden" bereits "im Bereich Küstenwache, maritime Sicherheit und Seenotrettung sowie Grenzkontrolle, Dokumenten- und Urkundensicherheit".[5] Im Mai 2015 kündigte die Regierung an, neben "Ausbildungs- und Beratungshilfen zu verschiedenen kriminalpolizeilichen Themen" werde die Bundespolizei künftig "ein bilaterales Grenzpolizeiprojekt zum Kapazitätsaufbau der tunesischen Grenzbehörden" durchführen.[6] Weiter hieß es: "Es ist geplant, ein gemeinsames regionales Lagezentrum der Nationalgarde und der Grenzpolizei einzurichten, die Aus- und Fortbildung der tunesischen Polizei und Nationalgarde zu stärken, die Aufgabenwahrnehmung an Grenzübergängen zu verbessern und die Sicherheit in Seehäfen zu optimieren." Ebenfalls laut Auskunft der Bundesregierung lieferte das Auswärtige Amt "2.700 Splitterschutzwesten und 50 hochwertige Wärmebildkameras an die tunesische Grenzpolizei".[7] An die längst begonnene Kooperation mit Tunesiens Grenzbehörden schließt - per Rückgriff auf das jihadistische Attentat vom 26. Juni lediglich neu legitimiert - die aktuelle Ankündigung deutscher Unterstützung für die tunesische Grenzsicherung an.

Zustimmung aus Tunis

Während Berlin für die deutsch-tunesische "Sicherheits"-Kooperation in den kommenden Jahren laut Berichten 100 Millionen Euro bereitstellen will [8], spannt die Bundesregierung zugleich die EU für die Abschottung der tunesischen Grenzen ein. War Außenminister Frank-Walter Steinmeier im vergangenen Jahr noch mit dem Versuch gescheitert, eine EU-Grenzschutzmission nach dem Vorbild von EUBAM Libya [9] zu organisieren, so scheint nach dem Terroranschlag vom 26. Juni der Widerstand in der EU geschwunden zu sein. Am 20. Juli stellten die EU-Außenminister Unterstützung für die tunesischen Repressionsapparate in Aussicht - vor allem für die Absicherung der Außengrenzen des Landes. Der Ministerpräsident und der Außenminister Tunesiens, die beide mit den EU-Außenministern über zukünftige Maßnahmen diskutierten, drückten ihre Zustimmung aus: Seine Regierung zähle auf die Unterstützung der EU, teilte der tunesische Ministerpräsident Habib Essid ausdrücklich mit.[10]

Vorteile

Für Berlin wäre eine starke Einwirkung auf die tunesische Grenzabschottung ein dreifacher Erfolg. Zum einen würde nicht nur die Bewegungsfreiheit von Jihadisten, sondern vor allem auch diejenige von Flüchtlingen empfindlich eingeschränkt, die aus Nordafrika in die EU übersetzen wollen. Zum zweiten gelänge es der Bundesrepublik mit einer größeren nationalen Beteiligung, stärkere Beziehungen zu den Repressionsapparaten Tunesiens aufzubauen; dies brächte neue Vorteile in der Rivalität mit Frankreich, das bislang in seinen ehemaligen Kolonien eine dominante Stellung innehat.

Der euro-mediterrane Raum

Zum dritten würde eine EU-Grenzschutzmission in Tunesien das Bestreben Berlins und der EU voranbringen, die südlichen Mittelmeer-Anrainer insgesamt stärker zu kontrollieren. Wie die Bundesregierung mitteilt, stehen die aktuellen Maßnahmen in Tunesien im Zusammenhang mit Bemühungen um die "Schaffung eines euro-mediterranen Raums" der "wirksamen Koordination und Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Sicherheit.[11] Die Schaffung eines derartigen "Raums" brächte der deutsch dominierten EU einen direkten Zugriff auf den südlich an Europa grenzenden Staatengürtel in Nordafrika - und damit intensivere Kontrolle über ein Gebiet, das gegenwärtig aus verschiedensten Gründen in der EU für Unruhe sorgt.

[1] Ministerin bietet Tunesien Hilfe zur Grenzsicherung an. www.bmvg.de 29.07.2015.

[2] S. dazu [Waffen für Nordafrika](#) .

[3] Gemeinsame Erklärung anlässlich der ersten deutsch-tunesischen Regierungskonsultationen auf Staatssekretärebene. Berlin, 12. September 2012.

[4] Christian Mölling, Isabelle Werenfels: Tunesien: Sicherheitsprobleme gefährden die Demokratisierung. SWP-Aktuell 62, Oktober 2014.

[5] Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Abgeordneten Andrej Hunko, Christine Buchholz, Annette Groth und der Fraktion Die Linke. Deutscher Bundestag, Drucksache 18/3054 vom 05.11.2014.

[6] Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Abgeordneten Andrej Hunko, Niema Movassat, Wolfgang Gehrke, Kathrin Volger und der Fraktion Die Linke. Deutscher Bundestag, Drucksache 18/4915 vom 18.05.2015.

[7] Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage des Abgeordneten Andrej Hunko und der Fraktion Die Linke. Berlin, 14. Juli 2015.

[8] Stefan Braun: Deutschland will den Frühling retten. www.sueddeutsche.de 10.07.2015.

[9] S. dazu [Nordafrikas Pulverfass \(II\)](#) .

[10] Julian E. Barnes, Laurence Norman: EU Exploring Security Mission to Assist Tunisia. www.wsj.com 20.07.2015.

[12] Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Abgeordneten Andrej Hunko, Niema

Movassat, Wolfgang Gehrke, Kathrin Volger und der Fraktion Die Linke. Deutscher Bundestag,
Drucksache 18/4915 vom 18.05.2015.

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

info@german-foreign-policy.com